

Herausforderungen für lokale Demokratie und Stadtentwicklung



Prof. Dr. Jürgen Aring

In den aktuellen Debatten wird nach wie vor diskutiert, ob Vielfalt eher als Chance oder als Risiko für die Stadtgesellschaft begriffen werden soll. Beides kann eintreffen, je nachdem wie die Politiken für Integration und gesellschaftlichen Zusammenhalt ausgestaltet werden und welche Haltung in den Köpfen der Menschen deren Fühlen, Denken und Handeln eine Richtung gibt.

Die Auswirkungen dieser Diskussion reichen immer stärker hinein in die Handlungsfelder Wohnen und Stadtentwicklung, ja gar in Fragen der lokalen Demokratie als solche. Im Spannungsfeld zwischen einer weltoffenen Ankommens- bzw. Integrationskultur und einer restriktiven Asyl- und Migrationspolitik wird auf der einen Seite der gesellschaftliche Zusammenhalt beschworen, auf der anderen Seite ein regelrechter „Riss durch die Gesellschaft“ konstatiert. Dies hat auch Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier in seiner Rede zum Tag der Deutschen Einheit am 3. Oktober getan, als er mit Bezug auf die kurz zuvor stattgefundene Bundestagswahl vom 24. September feststellte, dass neue Mauern entstanden seien, „(...) weniger sichtbare, ohne Stacheldraht und Todesstreifen – aber Mauern, die unserem gemeinsamen ‚Wir‘ im Wege stehen. Ich meine die Mauern zwischen unseren Lebenswelten: zwischen Stadt und Land, online und offline, Arm und Reich, Alt und Jung – Mauern, hinter denen der eine vom anderen kaum noch etwas mitbekommt“.

Offensichtlich scheinen Akzeptanz und Durchlässigkeit verschiedener Lebenswelten abzunehmen, wenn Milieus wieder weniger als private Lebensentwürfe zur Distinktion, sondern stattdessen als konkurrierende Gesellschaftsentwürfe verstanden werden. Dann ist der Weg von der demokratischen diskursorientierten Politisierung, die Mehrheitsentscheidungen mit Kompromissen, Minderheitenschutz und Umkehrbarkeit verbindet, zu polarisierendem Milieu-Stammesdenken möglich. Das spiegelt sich dann in polarisiertem Wahlverhalten, gezielter Desinformation, Verunglimpfung der Presse oder in Schwarz-Weiß-Denken in Form von Volksentscheidungen wider. Dabei stellen doch das informierte Abwägen und die Aushandlung von Entscheidungen und Prozessen den Kern der Demokratie dar und nicht plumpe Mehrheiten durch Abstimmung.

Urbanität als Haltung

Doch das Gelingen oder das Scheitern von Integration in unserer Gesellschaft entscheidet sich ganz wesentlich vor Ort in den Kommunen, insbesondere dort, wo sich durch Zuzug, Vielfalt, Umbruch und Gegensätze auf engem Raum immer wieder „Urbanität“ entwickelt. Urbanität ist nicht nur eine Form von Lifestyle, wie viele meinen, sondern zuerst eine Haltung, die Menschen lehrt, mit Nähe und Distanz sowie mit Unterschieden und Gemeinsamkeiten umzugehen. Man kann derzeit den Eindruck gewinnen, dass diese Haltung in Deutschland und in anderen Staaten mehr und mehr zur Disposition steht.

Integration als zentrales Handlungsfeld

Für den vhw ist Integration ein zentrales Handlungsfeld zukunftsorientierter Stadtentwicklungspolitik. Das zeigt auch das Thema unseres diesjährigen Verbandstages am 23. November in Berlin: „Mit Vielfalt umgehen! – Eine Herausforderung für lokale Demokratie und Stadtentwicklung“. Denn eine demokratische Migrationsgesellschaft, die die Vielfalt unserer Städte in ihren sozialen, ethnischen, demografischen und ökonomischen Unterschiedlichkeiten als Chance begreift und die hierin liegenden Potenziale für die Stärkung der Stadtgesellschaft ausbauen will, kann weder als Gegensätze von Migranten und Nichtmigranten noch als bunte Vielfalt von Kulturen gedacht werden. Sie ist vielmehr eine plurale Gesellschaft, in der die Menschen trotz wahrgenommener Unterschiedlichkeit in wechselseitiger Anerkennung von Gleichwertigkeit ihre Interessen aushandeln.

Kurz vor Fertigstellung dieser Ausgabe konnte auch die geplante Roadmap Bodenpolitik fertiggestellt werden, die gemeinsam von vhw und Difu angegangen und mit Unterstützung eines kompetent besetzten Expertenkreises erarbeitet wurde. Damit soll der notwendige Diskurs über Bodenpolitik und das entsprechende politische Handeln unterstützt werden. Das zugehörige Eckpunktepapier mit neun Schlüsselthemen ist ab Seite 269 in diesem Heft abgedruckt.

Ich hoffe, die Beiträge in der vorliegenden Ausgabe unserer Verbandszeitschrift geben Ihnen viele Anregungen und wünsche Ihnen viel Spaß beim Lesen

Ihr

Prof. Dr. Jürgen Aring
Vorstand des vhw e.V.